

LANDKREISTAG | KOMPAKT

VERBANDSNACHRICHTEN DES HESSISCHEN LANDKREISTAGES



Gemeinsame Initiative: Keine Umsatzsteuer auf Leistungen interkommunaler Zusammenarbeit

Mit einem gemeinsamen Appell an den Hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier fordern die drei hessischen kommunalen Spitzenverbände die Landesregierung mit Nachdruck zur Mithilfe bei der Vermeidung einer Umsatzsteuer auf interkommunale Kooperationen auf. Eine Umsatzsteuerpflicht für öffentlich-rechtliche Leistungen würde die interkommunale Zusammenarbeit schwer behindern und die Bemühungen der Kommunen, öffentliche Leistungen gemeinsam wirtschaftlicher und effizienter zu erfüllen, konterkarieren.

Anlass war, dass der Bundesfinanzhof in seiner jüngeren Rechtsprechung, entsprechend dem Paradigma der vom Europäischen Gerichtshof vorgegebenen Wettbewerbsneutralität, die Umsatzsteuerpflicht der Kommunen erweitert hat. Im November 2011 hatte der Finanzhof entschieden, dass die entgeltliche Nutzungsüberlassung einer gemeindlichen Sporthalle an eine Nachbargemeinde zum Zwecke des Schwimmens der Umsatzsteuer unterliegt. Damit fand eine Abkehr von der bisherigen Auffassung und Praxis der Finanzverwaltung statt. Als Entscheidungskriterium für das Vorliegen einer Umsatzsteuerpflicht zog der Finanzhof die Wettbewerbssituation zu Privaten heran. Von Kommunen und anderen staatlichen Einrichtungen für einander erbrachte Dienstleistungen seien immer dann umsatzsteuerpflichtig, wenn es sich um Leistungen handelt, welche auch von Privaten angeboten werden. Vielen dieser Leistungen droht nunmehr die Umsatzsteuerpflicht. Die Verbände erwarten deshalb eine Klarstellung, welche Maßnahmen den negativen Folgen der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs entgegengesetzt werden können und verlangen, frühzeitig und angemessen in die entsprechenden Erörterungen einbezogen zu werden.



Präsident des
Hessischen Landkreistages
Landrat Robert Fischbach

Sehr geehrte Leserinnen,
sehr geehrte Leser,

eine Ausweitung der Umsatzsteuerpflicht würde zu finanziellen und administrativen Belastungen der Landkreise führen. Einzelheiten hierzu und zu den entsprechenden Aktivitäten des Landkreistages finden Sie in dem nebenstehenden Leitartikel.

Auch zu weiteren kreisrelevanten Themen wie dem Kinderförderungsgesetz und den Gesprächen des Landkreistages mit dem Ministerpräsidenten erhalten Sie Informationen in dieser Ausgabe.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre!

Ihr Robert Fischbach

Inhalt

AKTUELLE THEMEN SEITE 02

- Landräte und Kreistagsvorsitzende aller Landkreise im Dialog mit dem Hessischen Ministerpräsidenten
- Hessischer Landkreistag nahm Stellung zum Entwurf des Hessischen Kinderförderungsgesetzes

KURZ NOTIERT SEITE 03

- Fortschritte bei Verhandlungen über die Landeserstattung für ausländische Flüchtlinge
- Position des Landkreistages zu einem hessenweiten Verbund kommunaler Kliniken
- Wirtschaftsausschuss bei der DB
- Kommunaler Schuttschirm

AUS DEM DEUTSCHEN LANDKREISTAG SEITE 04

- Politik darf Krankenhäuser nicht alleine lassen und muss Ärztemangel wirksam begegnen
- Verschuldung der öffentlichen Haushalte – keine Entwarnung

TERMINE

SEITE 04

Landräte und Kreistagsvorsitzende aller Landkreise im Dialog mit dem Hessischen Ministerpräsidenten

Am 5. März 2013 fand ein Arbeitstreffen der hessischen Landräte und Kreistagsvorsitzenden mit dem Hessischen Ministerpräsidenten in der Staatskanzlei statt. Die Vertreter der hessischen Landkreise nutzten die Gelegenheit, die Forderungen des Hessischen Landkreistages vor allem zur aktuellen Finanzsituation vorzutragen. So wurde insbesondere auf die dramatische Haushaltslage der hessischen Landkreise hingewiesen und betont, dass im laufenden Jahr voraussichtlich nur zwei Landkreise einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt vorlegen können, während die anderen eine Finanzierungslücke von ca. 390 Millionen Euro aufweisen. Auch vor diesem Hintergrund wurde die jährliche Entnahme von rund 345 Millionen

Euro durch das Land aus dem kommunalen Finanzausgleich seit 2011 erneut zurückgewiesen.

Des Weiteren wurden die noch offenen Konnexitätsfälle insbesondere im Bereich Veterinärwesen und Verbraucherschutz angesprochen und die entsprechenden Mehrkosten eingefordert. Gleiches gilt für die durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zu den Asylbewerberleistungen bei den Landkreisen zusätzlich anfallenden Kosten (siehe hierzu Artikel auf Seite 3). Ministerpräsident Bouffier und die anderen anwesenden Kabinettsmitglieder haben hierzu zeitnahe Reaktionen des Landes zugesagt.



Vertreter der Landkreise im Gespräch mit der Landesregierung



Präsident Fischbach und Erster Vizepräsident Pipa formulieren Forderungen des HLT

Hessischer Landkreistag nahm Stellung zum Entwurf des Hessischen Kinderförderungsgesetzes

In der Anhörung des Sozialpolitischen Ausschusses im Hessischen Landtag im März 2013 verdeutlichte der Hessische Landkreistag seine Position zum Entwurf des Hessischen Kinderförderungsgesetzes:

„Als Jugendhilfeträger sind die Landkreise von den Neuregelungen des Kinderförderungsgesetzes unmittelbar betroffen; sowohl in deren Funktion als Fachaufsicht und Fachberatung für die Träger von Kindertageseinrichtungen als auch direkt als Verantwortliche für die Kindertagespflege. In einem sorgfältigen Prüfprozess ist der Hessische Landkreistag dabei zu dem Ergebnis gekommen, dass der Ansatz die Förderbestimmungen im Bereich der Kinderbetreuung in Hessen zu bündeln zwar zu begrüßen ist, aber in Detailregelungen die große Gefahr deutlicher pädagogischer Einschnitte bzw. eines Rückschrittes in der Qualität der Kinderbetreuung in Hessen zu sehen ist.

Besonderen Klärungsbedarf sieht der Hessische Landkreistag unter anderem bei den Neuregelungen zu den Fachkräften. Vor allem die vorgesehenen reduzierten Anforderungen an das pädagogische Personal werden als falsches Signal gewertet, dem Fachkräftemangel zu begegnen. Zudem wird dadurch die Anerkennung der Fachkräfte entwertet und die pädagogische Arbeit in der Einrichtung geschwächt. Vielmehr wird eine Reform der

ErzieherInnenausbildung als erforderlich gesehen. Kritik wird auch hinsichtlich der Regelungen zum personellen Bedarf, der Größe und Zusammensetzung der Gruppen sowie der Landesförderung von Kindertageseinrichtungen geäußert. Der Hessische Landkreistag bezweifelt stark, ob mit den vorgesehenen Regelungen künftig eine pädagogisch angemessene sowie für die Kommunen und Träger finanzierbare Kinderbetreuung sichergestellt werden kann. Bereits heute zeichnen sich diesbezüglich viele offene Fragen in den künftigen Betriebserlaubnisverfahren ab. Schließlich werden auch die Regelungen zur Landesförderung für die Kindertagespflege und die Fachberatung – beides Aufgaben, die von den Landkreisen wahrgenommen werden – als unzureichend gesehen. Der Hessische Landkreistag unterstreicht, dass mit den gewählten Fördersummen keine adäquate personelle und fachliche Ausstattung für eine sachgerechte Aufgabenerledigung sichergestellt werden kann.

Die hessischen Landkreise haben daher die Erwartung, dass die in der Anhörung vorgebrachten Hinweise, Anregungen und Bedenken in die weiteren Beratungen zum Gesetzentwurf Eingang finden. In einem so sensiblen Bereich wie der Kinderbetreuung sollte sich der Landtag die Zeit für eine ernste Auseinandersetzung mit den vielen sachdienlichen Argumenten, die im Anhörungsverfahren vorgetragen werden, nehmen.“

Fortschritte bei Verhandlungen über die Landeserstattung für ausländische Flüchtlinge

Nachdem das Bundesverfassungsgericht im Sommer 2012 eine Anpassung der Geldleistungen nach dem Asylbewerbergesetz auf Sozialhilfeniveau angeordnet hatte, hat der Hessische Landkreistag die Forderung zur Erstattung der dadurch bei den Landkreisen anfallenden Mehrkosten gegenüber dem Land erhoben. Die sich anschließenden Verhandlungen auf Arbeitsebene haben bereits zu Ergebnissen geführt, wenngleich die wesentlichen Kostenblöcke noch nicht unstrittig sind. So besteht Einvernehmen zu den vom Land zu erstattenden Mehrkosten für den Zeitraum 2011 bis Juli 2012.

Eine Umfrage der beiden betroffenen Spitzenverbände bei ihren Mitgliedern hat für den sich anschließenden Zeitraum zu belastbaren Zahlen geführt, die gegenwärtig ausgewertet und an das Land weitergegeben werden. Sobald die Abstimmungen auf Fachebene abgeschlossen sind, werden die Forderungen in einem Ministerschreiben – voraussichtlich im Mai 2013 – vorgetragen. Zeitgleich werden die unabhängig von dem höchstrichterlichen Gerichtsurteil seit 2008 angelaufenen Mehraufwendungen, die insbesondere auf Kostensteigerungen zurückzuführen sind, ebenfalls politisch eingefordert.

Position des Landkreistages zu einem hessenweiten Verbund kommunaler Kliniken

In seinen Gremien hat sich der Hessische Landkreistag mehrfach mit dem von Gesundheitsminister Grüttner vorgelegten Konzept für einen hessenweiten „Konzern öffentlicher Krankenhäuser“ befasst. Auch wurde in verschiedenen Zusammenkünften mit dem Staatsminister, den Vertretern des Sozialministeriums sowie mit den vom Ministerium beauftragten Gutachtern das Für und Wider des Konzeptes intensiv erörtert.

Nach umfassender Prüfung wurde dazu im Gesundheitsausschuss und im Präsidium des Hessischen Landkreistages einstimmig der Grundsatzbeschluss gefasst, dass für die Realisierung eines landesweiten Konzeptes nur wenige Chancen gesehen werden. Vielmehr werden regionale Lösungen bzw. Verbünde als zielführender erachtet. Auch mit Blick hierauf hat Staatsminister Grüttner nun vertiefende Untersuchungen angeboten. Aktuell haben sich einige Landkreise für eine Beteiligung hieran entschieden; andere Landkreise haben sich gegen einen solchen Schritt ausgesprochen. Der Hessische Landkreistag und seine Gremien werden auch weiterhin den Diskussionsprozess über die Zukunft kommunaler Kliniken fachlich begleiten und hierzu einen Austausch unter den Landkreisen sicherstellen.

Wirtschaftsausschuss bei der DB

Der Wirtschafts- und Planungsausschuss des Hessischen Landkreistages hat im Rahmen seiner Sitzung am 20. März 2013 in Frankfurt mit dem Konzernbeauftragten der DB für Hessen, Dr. Klaus Vornhusen einen Dialog über die künftige Entwicklung der schienengebundenen Verkehrsverbindungen des ländlichen Raumes begonnen. Der Landkreistag hat ein hohes Interesse daran, eine adäquate verkehrliche Anbindung und Erreichbarkeit auch künftig zu sichern. Mobilität ist eine elementare Grundvoraussetzung für jedes Handwerk, Gewerbe und andere wirtschaftliche Tätigkeiten.

Vor dem Hintergrund knapper Kassen ist zu befürchten, dass gerade die wirtschaftlichen Entwicklungschancen der peripheren Räume zugunsten einer Konzentration auf wirtschaftsstarke Metropolräume in Frage gestellt werden. Der Landkreistag setzt sich dafür ein, eine solche Entwicklung zu verhindern.



Dr. Klaus Vornhusen informiert über die Entwicklung des Nahverkehrs in Hessen

Kommunaler Schutzschirm

Insgesamt haben sich 100 der 106 anspruchsberechtigten Kommunen für die Teilnahme am Schutzschirm entschieden und den dazu erforderlichen Konsolidierungsvertrag mit dem Land abgeschlossen. Damit haben sie zusammen ein Entschuldungskontingent in Höhe von 2.772.687.559 Euro (ohne Zinsdiensthilfen) in Anspruch genommen.

Erfreulich ist, dass die für die Auszahlung der ersten Tranche benötigten Mittel in Höhe von rund 780 Mio. Euro von der WIBank mit einem für zehn Jahre festgeschriebenen Zinssatz von 2,051 % am Kapitalmarkt besorgt werden konnten. Das für die Auszahlung der zweiten Tranche (Volumen: 228.151.604,99 Euro) benötigte Geld konnte die WIBank sogar zu einem Festzinssatz von 1,932 % beschaffen.

Damit ist die vom Hessischen Landkreistag schon sehr frühzeitig geforderte Voraussetzung erfüllt, dass die Teilnahme am Schutzschirm zu keinen zusätzlichen Belastungen in den Ergebnishaushalten der Schutzschirm-Kommunen führen darf.

Politik darf Krankenhäuser nicht alleine lassen und muss Ärztemangel wirksam begegnen

Der Deutschen Landkreistag hat die Politik aufgefordert, die Krankenhäuser gerade im ländlichen Raum besser als bisher zu unterstützen sowie dem Problem des Ärztemangels wirksam zu begegnen. Dazu sagte DLT-Präsident Landrat Hans Jörg Duppré: „Gerade im ländlichen Raum müssen die Krankenhäuser finanziell so ausgestattet sein, dass sie auch ohne die Erbringung zusätzlicher Leistungen ihren Versorgungsauftrag erfüllen können. Die Krankenhäuser benötigen noch im laufenden Jahr eine substantielle Soforthilfe.“ Darüber hinaus sei der Ärztemangel auf dem Land „heilbar“, wenn alle Beteiligten an einem Strang ziehen und insbesondere die Landkreise besser in die Versorgungsplanung einbezogen werden. Ein kraftvolles gemeinsames Agieren fehle aber bislang.

Verschuldung der öffentlichen Haushalte – keine Entwarnung

Das Statistische Bundesamt hatte mitgeteilt, dass sich für Gemeinden und Landkreise im Jahr 2012 nach Ergebnissen der vierteljährlichen Kassenstatistik ein Finanzierungsüberschuss von insgesamt 1,8 Mrd. Euro errechnet. Er fällt damit etwas geringer aus als erwartet. Zugleich teilte es mit, dass Bund, Länder und Gemeinden/Landkreise mit 2.071,8 Mrd. Euro verschuldet waren. Vor diesem Hintergrund hat der Deutsche Landkreistag generell dazu aufgefordert, zusätzliche Steuereinnahmen nicht für neue konsumtive Zwecke, sondern für notwendige Zukunftsinvestitionen und zur Tilgung von Altschulden zu verwenden. Präsident Landrat Hans Jörg Duppré sagte: „Wir müssen in der Politik wieder zu mehr Selbstdisziplin gelangen, um die Verschuldungsproblematik aller Ebenen Stück für Stück in den Griff zu bekommen.“ Diese Konsolidierungspolitik sollte einhergehen mit Investitionen, die dauerhaft die wirtschaftliche Basis des Landes stärken wie z.B. in den Breitbandausbau und die Bildungsinfrastruktur.

Darüber hinaus müsse es um wirkungsvolle Ansätze gehen, um den sich weiter verschärfenden Investitionsstau aufzulösen: „Die Kommunen brauchen dringend wieder finanzielle Spielräume, um ihrer Investitionstätigkeit angemessen

nachkommen zu können.“ Allein bei der Informationsinfrastruktur sei der Investitionsstau in den Kreishaushalten bereits auf 2 Mrd. Euro angewachsen. Insgesamt umfasst der Investitionsstau in den Kreishaushalten mehr als 12 Mrd. Euro.

Alles in allem würde sich die Finanzsituation der Landkreise trotz anziehender Konjunktur nicht so verbessern, dass dadurch der riesige Schuldenberg abgebaut werden könnte: „Die Kassenkredite der Landkreise nehmen wieder deutlich zu und betragen Ende 2012 rund 7 Mrd. Euro“, so Duppré. „Die Landkreise tragen somit noch immer schwer an den bestehenden Altlasten.“

TERMINE

- **Wirtschafts- und Planungsausschuss**
Mittwoch, 15.05.2013, 10:00 Uhr, Gießen
- **HLT-Ehemaligentreffen**
Mittwoch, 15.05.2013, 12:30 Uhr, Stadtallendorf
- **Rechts- und Europaausschuss**
Mittwoch, 12.06.2013, 13:00 Uhr, Straßburg
- **Konferenz der Kreistagsvorsitzenden**
Mittwoch, 19.06.2013, 15:00 Uhr, Landkreis Kassel
- **Präsidium**
Donnerstag, 27.06.2013, 9:30 Uhr, Wiesbaden
- **Schul- und Kulturausschuss**
Dienstag, 02.07.2013, 17:00 Uhr, Groß-Gerau
- **Finanzausschuss**
Dienstag, 02.07.2013, 10:00 Uhr, Ort offen
- **Sozialausschuss**
Donnerstag, 04.07.2013, 10:00 Uhr, Kassel
- **Gesundheitsausschuss**
Mittwoch, 21.08.2013, 10:00 Uhr, Groß-Umstadt
- **Landräte-Seminar**
Montag 26.08.2013 bis Mittwoch 28.08.2013, Berlin



Hessischer
Landkreistag

IMPRESSUM

VERANTWORTLICH
Direktor Dr. Jan Hilligardt
(geschäftsführend)
Direktor Christian Engelhardt

HERAUSGEBER
Hessischer Landkreistag
Frankfurter Straße 2
65189 Wiesbaden

Telefon: 0611 / 17 06-23
E-Mail: ries-knauer@hlt.de
Internet: www.hlt.de

KOORDINATION

Tim Ruder (Pressesprecher)
Melanie Ries-Knauer
(Öffentlichkeitsarbeit
und Organisation)

ERSCHEINUNGSWEISE / AUFLAGE

zwei- bis dreimonatlich
2.500 Exemplare
(gedruckte Version)

Alle Inhalte und Bilder sind lizenzrechtlich geschützt. Abdruck und Vervielfältigung nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Hessischen Landkreistages.

GESTALTUNG

Muhr – Partner für Kommunikation
www.muhr-partner.com
Seerobenstraße 27
65195 Wiesbaden

BILDNACHWEIS

© Markus Mainka - Fotolia.com (Seite 1)
Hessischer Landkreistag (Seite 2 und 3)